

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: A. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis:
 in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
 in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.
 Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.
 Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
 Deutschlands: H. Mosse, Gaalenstein & Bogler, G. L. Dausse,
 Invalidenbank, Berlin Verh. Arndt, Mar. Gerkmann,
 Silberfeld W. Thienes, Halle a. S. Jul. Bard & Co.
 Hamburg William Witten. In Berlin, Hamburg und Frankfurt
 a. M. Geir. Giesler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die Vorgänge in Frankreich.

Das französische Kabinett hat gestern in der Kammer einen Sieg davon getragen, ob damit aber die Stellung des Kabinetts befestigt ist, dürfte mehr als zweifelhaft sein. Das Kabinett Dupuy-Lebret hat mit der Einbringung des Gesetzesentwurfes, wonach das Revisionsverfahren der Kriminalkammer des Kassationshofes entzogen und sämtlichen Kammern des höchsten französischen Gerichtshofes übertragen werden soll, einen verhängnisvollen Streich gegen die republikanischen Einrichtungen geführt. Als ein Gelegenheitsgesetz der schlimmsten Art muß diese Vorlage bezeichnet werden, zumal nach der über das Verhalten einiger Mitglieder der Kriminalkammer geführten Untersuchung die Wankstufen des früheren Präsidenten der Zivilkammer des Kassationshofes Duesnay de Beaurepaire als Dünkelherrscher eines in seiner Eitelkeit gekränkten Verleumders erwiesen worden sind. Das Verbot dieses Duesnay de Beaurepaire hat aber gezeigt, daß die französische Republik in der That für den Staatsstreich reif wäre, falls dieses seltsame Mitglied des höchsten Gerichtshofes nicht bloß das Ministerium Dupuy-Lebret bestimmt haben sollte, in einer unerhörten Weise gegen die Kriminalkammer des Kassationshofes vorzugehen und diese zu diskreditieren, sondern zugleich seinen im schlechtesten Sinne des Wortes revolutionären Willen dem Parlamente aufzwingen könnte. Bezeichnend ist denn auch, daß die Bonapartisten sich aller Orten regen. Prinz Louis Napoleon, der zukünftige russische General, der vielfach als der Generalstabschef seines Bruders, des bonapartistischen Prätendenten Viktor bezeichnet wird, soll sich bereits nach Brüssel begeben haben. Auch ist es wohl nicht zufällig, wenn in Paris selbst eine neue imperialistische Kundgebung jetzt gerade stattfindet. Das Aufsehen, das die Kundgebung der Bonapartisten bei der Aufführung des imperialistischen Dramas „Nai de Rome“ erregt, hat die Veranstalter zum neuen Verzuge bestimmt. So fordern sie die Anhänger des „Appells au das Volk“ auf, sich abermals im Nouveau-Theatre einzufinden, um den Schauspieler de May in der Rolle des Hersogs von Reichstadt zu feiern und so ihrer imperialistischen Gesinnung Ausdruck zu geben.

Wir haben über die Sitzung bereits ein Telegramm gebracht, wir lassen folgenden ausführlichen Bericht folgen:

Der Ministerpräsident Dupuy verlangt die Dringlichkeit der Beratung, welche ohne Widerspruch beschlossen wird. Der Berichterstatter Renaud-Morliere erklärt, die Kommission habe den Gesetzentwurf abgelehnt, weil derselbe ein Gelegenheitsgesetz sei. Wenn man Gelegenheitsgerichtshöfe schaffen könne, so gebe es für Niemand mehr eine Sicherheit. Derartige Anträge hätten immer Entrüstung hervorgerufen. Der Redner wünscht zu wissen, welche Gründe für die Einbringung des Gesetzentwurfes vorlägen, da sich doch die Anschuldigungen Duesnay de Beaurepaire als unbegründet erwiesen hätten. (Beifall und Widerspruch.) Die Vorlage lege die Deputiertenkammer an die Stelle des höchsten Gerichtshofes in einer Angelegenheit, die eine rein juristische sei, und sie verlege den Grundriß der Trennung der Gewalten. Die Unterdrückung Mazzaeus habe ergeben, daß die Richter der Kriminalkammer vollkommen rechtmäßig gehandelt haben, die Regierung selbst habe dies anerkannt, es sei also unnötig, ihnen die Aufgabe zu nehmen, deren sie sich würdig gezeigt hätten. (Beifall und Zwischenrufe.) Die Vorlage würde nicht zu einer Verurteilung führen, sie würde nur lange Verzögerungen mit sich bringen; sie sei ein Akt der Schwäche, unnütz und gefährlich. Renaud schließt, er sei weder für, noch gegen Dreyfus, aber er werde ihn nicht für unschuldig halten, so lange der Wahrspruch, welcher ihn verurteilt hat, bestehen wird; er sei aber nicht der Ansicht, daß es, um die Armee zu ehren, notwendig sei, den Richterstand zu entehren. (Beifall.) Hofe befürwortet die Vorlage, denn selbst wenn sie ein Gelegenheitsgesetz sei, müsse man sie annehmen, da es sich um das Wohl des Landes handle und weil sie den Agitationen ein Ende machen werde. (Beifall im Zentrum.) Justizminister Lebret bestreitet, daß es sich um ein Gelegenheitsgesetz handle, denn es designire nicht Personen zu Richter, die außerhalb des Richterstandes stehen. Die Vorlage sei bestimmt, der Agitation ein Ende zu machen, welche das Land beunruhige, sie entspreche den Wünschen der Bevölkerung. (Beifall und Widerspruch.) Die Regierung sei überzeugt, daß das höchste Interesse des Landes die Einbringung des Gesetzes erforderlich machte, ebenso wie das höchste Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit. Die Vorlage entspreche der Ansicht des ersten Präsidenten des Kassationshofes. (Neuer Lärm und Beifall.) Willerand führt aus, Mazzaeus sei gar nicht der Mann, der Kammer Vorschriften über ihre Satzung zu machen und ihre politische Richtung zu geben. Die Vorlage werde die neuen Richter keineswegs der Frucht von Verleumdungen entziehen, deren Gegenstand die Richter der Kriminalkammer sind. Man habe bereits begonnen, gewisse Richter der übrigen Kammern des Kassationshofes anzugreifen; die Vorlage sei eine Prämie auf Verleumdungen; sie werde die Agitation ins Unermessliche verlängern; es genüge, auf die zu sehen, welche sie vertreiben, damit die Republikaner ihre Pflicht begreifen. (Eitiger Tumult.) Ministerpräsident Dupuy erklärt, die Regierung übernehme vollständige Verantwortung für die Vorlage, die Republikaner könnten dieselbe mit ganz ruhigem Gewissen annehmen. Es stehe kein republikanisches Prinzip auf dem Spiele, die Regierung habe gefunden, daß die Revision sich nur auf juristischem Gebiete bewegt habe, und sie habe Alles getan, um sie dort zu halten; sie habe Achtung vor der Justiz bewiesen, indem sie ihr die geheimen Aktenstücke mittheilte. Sie sei weder Mißgünstiger der Gegner der Revision, noch habe sie sich von ihnen hinteres Licht führen lassen, aber die Lage habe sich geändert, Zweifel und Beunruhigungen hätten sich in der öffentlichen Meinung geltend gemacht und hätten befehlen lassen, daß der definitive Beschluß mehr Autorität nötig haben müsse, um allgemeine Anerkennung zu finden. (Beifall.) Das Gewissen des Landes müsse Vertrauen zu dem Beschluß haben, der gefaßt werde. Die Regierung hätte mit den Ansichten der Richter, welche die Enquete führten, rechnen müssen. Diese hätten

erklärt, die Unruhe der Straße sei in den Gerichtssaal gedrungen, das Gewissen der Richter habe sich nicht fernhalten können von den draußen herrschenden Leidenschaften. (Beifall und Zwischenrufe.) „Das Gesetz ist weder ein Gelegenheitsgesetz noch ein revolutionäres oder ein Diktaturgesetz, es ist eine Ausnahmeaffäre wie diejenige, welche unter uns bisher unbekannte Erörterungen hervorgerufen hat, welche die beiden heiligen Sachen der Armee und der Justiz in Gegenstand gebracht hat, welche in ganz Europa Polemiken hervorruft, deren Echo unsere Herzen schmerzhaft trifft. (Beifall.) Wir haben das Vertrauen, daß die Vorlage die Leidenschaften mildern wird und daß sie in keiner Weise die Garantie derjenigen, die vor Gericht kommen, verringert. Wenn, wie wir hoffen, auf Grund der Vorlage die Gemüther wieder beruhigt werden und die Dreyfus-Affäre beendet wird, so werden wir dem Lande einen Dienst geleistet haben.“ (Gebärdeter Beifall.) Belletan bekämpft den Gesetzentwurf, da derselbe Recht und Gerechtigkeit verlege. Die Enquete sei beleidigend für die Richter der Kriminalkammer gewesen. Die Annahme der Vorlage würde den Selbstmord der republikanischen Partei bedeuten. (Beifall auf der äußersten Linken.) Die Generaldebatte wird hierauf geschlossen. Mehrere Deputierte legen kurz dar, aus welchen Gründen sie für oder gegen den Gesetzentwurf stimmen werden, und die Kammer beschließt nunmehr mit 332 gegen 216 Stimmen, in die Spezialdebatte einzutreten.

Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß ein längerer Bestand des Kabinetts unmöglich sei trotz des getrigen Sieges, da sich die Republikaner in zwei gleiche Hälften gespalten haben. Eine Interpellation, wie die Regierung die Justizorgane gegen reaktionäre und imperialistische Angriffe zu schützen gedenke, ist wahrscheinlich.

Aus dem Reich.

Der Kaiser hat dem Evangelischen Kirchenbundesrat als Grundstock für einen zur baulichen Unterhaltung der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche bestimmten Stiftungsfonds 52 000 Mark überwiesen. — Die Kaiserin war einige Tage unwohl und gezwungen, das Zimmer zu hüten. Gestern jedoch konnte die hohe Frau bei dem jetzt herrschenden Frühlingswetter bereits an der täglichen Ausfahrt des Kaisers wieder Anteil nehmen. — Als Nachklang zu der **Palästina-reise des Kaiserpaars** veröffentlicht die „N. Fr. Ztg.“ nachstehende auf kaiserlichen Befehl ergangene Drahtmeldung des Chefs des Zivilkabinetts von Luccas an den Generalkonsul von Tiflis in Jerusalem: Ihre Majestäten der Kaiserin und der Kaiserin haben dem dortigen Krankenhaus der Kaiserin Schwester Diakonissen die Einrichtung für den Operationsaal, welcher bereits unterwegs, gestiftet und die Kosten der Einführung der Wasserleitung in diesen Saal bewilligt. Sie wollen dem Vorhabe des Krankenhauses hiervon am bevorstehenden Geburtsstag Seiner Majestät Mittheilung machen. — In Hannover starb nach langen Leiden im 91. Lebensjahre der Orientalist und Senior der Universität Göttingen, **Geb. Regierungsrath Professor Dr. Ferd. Wülfenfeld**. — Der **General-Lieutenant S. D. Alexander von Gornhardt** befehlt am 12. d. M. sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum. — In Bremen nahmen an der gestrigen **Schiffermajestät des „Daufer Seejäger“** zahlreiche Vertreter der Reichsbehörden und der preussischen Behörden sowie viele Offiziere der Marine und des Landheeres Theil. Nach den offiziellen Toaisten brachte der Oberpräsident der Provinz Westfalen Stadt einen Trinkspruch auf die Stadt Bremen aus, in welchem er der Hoffnung Ausdruck gab, noch einmal über den Mittellandkanal und die kanalisirte Weser zu Schiff nach Bremen fahren zu können. (Stürmische Zustimmung.) Kontre-Admiral Hoffmann feierte die deutsche und die bremische Seefahrt. Der Direktor der Kolonial-Abtheilung des Auswärtigen Amtes von Buchta erbat die Unterstützung Bremens zur Förderung der deutschen Kolonien. Der Direktor im Reichs-Postamt strahlte brachte einen Toast auf Bremens Schifffahrt aus. — In Angelegenheit betreffend die Umgestaltung der **Kirchhofmauer des Friedhofes der Märzgefallenen im Friedrichshain** hat bekanntlich der Berliner Magistrat auf sein im Mai v. J. abgeschicktes Gesuch um die polizeiliche Genehmigung bisher keine Antwort vom Polizei-Präsident erhalten. Nunmehr hat das Magistrats-Kollegium gestern beschlossen, wegen dieser Nichtertheilung einer Antwort beim Oberpräsidenten über das Polizei-Präsidentium Beschwerde zu führen. — Die Inhaber östpreussischer besonders königsberger Spiritusfabriken lehnten es ab, der zu errichtenden **Alkoholverwertungs-zentrale** beizutreten. Sie wollen mit den Bremererzien, mit denen sie bisher gearbeitet haben, ferner Abschlüsse machen und ihnen dieselben Preise garantiren, wie die Ringer Spiritusfabriken. — Aus Weimar wird geschrieben: Das zur ersten Lesung stehende **Steuergesetz** giebt einen verheerenden Beleg für die günstige Entwicklung des Volkswohlstandes und für die erfreuliche Gestaltung unserer Staatsfinanzen. Noch ist das Steuergesetz von 1897 kaum in Kraft getreten, und schon ist die Regierung in der Lage, nicht allein eine Steuerfreiheit der untersten Stufen bis 400 Mark, sondern auch eine Steuerermäßigung bis zu einem Einkommen von 3600 Mark dem Landtag vorzuschlagen. Diese günstige Wendung findet ihre Begründung in der Erhöhung der Steuerkapitale um 2 1/2 Millionen Mark und in der stetig steigenden Fortschrittlichkeit, welche letztere besonders aus dem guten Bestand von Anshölzern hervorgeht. — Der **Berliner Stadthaushaltsetat für 1899 bis 1900** balanzirt mit 100 591 769 Mark, gegen das Vorjahr mehr 2 557 227 Mark. — Die Regierung wurde durch den Senat der Breslauer Universität dringend ersucht, in Breslau eine **Technische Hochschule** zu errichten. — Die Verwaltung des preussischen Abgeordnetenhauses hat, dem Juge der Zeit folgend, dem **Nachfahrtransport** eine Konzession gemacht. Es werden in demselben Sinne für Fahrpläne errichtet werden, die mit einer Berücksichtigung zum Anschließen der Stahlfabrik verbunden sind.

Deutschland.

Berlin, 11. Februar. Der Kaiser besuchte, wie bereits mitgeteilt, gestern Vormittag in Begleitung zweier Flügeladjutanten (Oberleutnant von Brigelow, Major von Boehn) den Schießplatz der Deutschen Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen in Palenke, um dort der ballistischen Prüfung zweier Jagdbüchsen (6 Nm. Manser-Selbstlade-Jagdbüchsen) beizuwohnen. Zuerst wurden die Fluggeschwindigkeiten ermittelt. Die sehr starke Ladung (2,64 g Bl. P.) der 6 Nm. Jagdbüchse ergab bei dem sehr leichten Geschöß (8,3 g) die bisher weber bei Jagd- noch bei Militärwaffen erreichte Fluggeschwindigkeit von etwa 780 M./sec. Die Mangan der Flugbahn übertrifft daher die der jetzigen 8 Nm. Infanteriegewehre um ein Bedeutendes, so daß mit dieser Waffe der Kaiser gegen Hochwild bis zu 180 bis 200 M. ohne Aenderung des Haltpunkts schießen kann. Die Ermittlung der Mangan wurde dem Kaiser besonders vorgeführt, vor Allem aber interessirte den Kaiser das Schießen auf plastischen Thon, in welchem die Wirkung der Geschosse als ziemlich ähnlich betrachtet werden kann, wie sie beim Schießen gegen die Weichtheile des menschlichen Körpers sich ergibt. Schließlich erprobte der Kaiser selbst mit der 6 Nm. Büchse auf 80 M. ein Trefferbild, wodurch die Trefffähigkeit dieser Waffe als eine ganz hervorragende festgestellt wurde. Nach einhundertstündiger Anwesenheit auf dem Schießplatz, woselbst der Kaiser außer einer Schießmaschine noch verschiedene Thonpräparate zur Erläuterung der Geschößwirkung im Wildkörper in Augenschein nahm, verließ derselbe mit dem Ausdruck des Dankes für die interessante Vorführung die Versuchsanstalt, welcher er sein dauerndes Wohlwollen zusicherte.

Im Bundesrath widmete in der gestrigen Plenarsitzung vor dem Eintritt in die Tagesordnung der stellvertretende Vorsitzende, Staatsminister Graf v. Posadowsky dem vormaligen Reichsfinanzminister, General der Infanterie Grafen v. Caprivi einen ehrenden Nachruf. Dem Ausschußprotokoll, betr. Abänderung der Anweisung zur vollständigen Prüfung von Mühlenfabrikanten, wurde die Zustimmung erteilt; ebenso dem Antragsbericht über die Vorlage vom 23. Dezember 1898, betr. Anwendung der §§ 44 und 45 des Reichsstempelgesetzes, und den Vorlagen, betr. die Anweisung auf zum Einpremiung- und Einpremiungsgeld. Von der Ueberlieferung über die Geschäfte des Reichsgerichts im Jahre 1898, und von der Denkschrift über die Ausführung der Anleihegesetze und den Beschluß des Reichstages hierzu wurde Kenntniß genommen. Den zu fälligen Ausschüssen wurden überwiesen der Reichstagsbeschluß zu dem Antrage des Abg. Mühlendörfer, betr. die Zollbehandlung der in Deutschland veredelten reinseidenen Gewebe; der Entwurf von Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Thomashäfenmühlen; die Vorlage, betr. die Auslegung der Prüfungsordnungen für Aerzte, Zahnärzte und Apotheker; der Entwurf eines Fernsprechnetzordnung; endlich der Entwurf eines Telegraphenweggesetzes. Schließlich wurde über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Bei der Bestätigung des Grafen Caprivi ist es sehr bemerkt worden, daß eine Vertretung des Abgeordnetenhauses gänzlich fehle; als einziges Mitglied des Hauses ist der Abgeordnete von **Wahlheim** (Fr.) in Ehren anwesend gewesen. Wenn im Hause selbst kein Wort des Gedächtnisses für den ebenverstorbenen Ministerpräsidenten von Preußen gefallen ist, so beruft man sich auf den Wunsch, daß noch niemals einem verabschiedeten Minister ein Nachruf gewidmet worden ist.

Nach einem Telegramm aus Petersburg empfing gestern der Zar den deutschen Botschafter Kabinin in einständiger Audienz.

Nach einem Telegramm aus Washington fandte Mac Kinley Robert Porter nach Berlin zu Unterhandlungen über die Neuregelung des deutsch-amerikanischen Handels mit Cuba und den Philippinen.

Die niederländische Regierung wird den Vatikan nicht zur Abrüstungskonferenz einladen.

Die neueste Meldung, daß der Derrichter Chambers in Samoa sich bei der Ungültigkeitserklärung der Wahl Matafaas auf das Protokoll der Samoaakte berufen habe, beweist, daß es dem Amerikaner nur auf einen Vorwand angekommen ist. Chambers hätte bei dem deutschen Generalkonsul in Samoa sehr leicht erfahren können, daß Deutschland keinen Einwand mehr gegen die Wahl Matafaas erhebt. Was inzwischen noch weiter über das Vorgehen des Kommandanten des englischen Kreuzers „Porpoise“ gegen den Kommandanten des Kreuzers „Falke“ gemeldet wird, dürfte ebenfalls in das Gebiet der Erzählungen gehören. Niemand in Deutschland wird daran glauben, daß sich ein deutscher Offizier durch die Schneidigkeit eines Engländers wird haben imponiren lassen.

Die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands zu Nordamerika bilden den Gegenstand einer Interpellation, welche zahlreiche Mitglieder aus verschiedenen Parteien unterzeichnet haben. Man kann im Zweifel darüber sein, ob es zweckmäßig war, im gegenwärtigen Augenblick, in dem die Verhandlungen zwischen den zu den Verhandlungen bevollmächtigten Staatsmännern nicht sehr weit über den Beginn hinausgekommen sind, die Reichsregierung zu Mittheilungen über den Stand der handelspolitischen Abmachungen aufzufordern. Die Anfrage hat schließlich eine sehr maßvolle Form erhalten, nachdem die Agrarier mit ihren Wünschen nach einer schärferen Formulirung bei den Parteien keine Gegenliebe gefunden hatten. Wenn auch die Nationalliberalen ihre Unterstühtung unter die Anfrage gesetzt haben, so ist es nicht etwa aus dem Grunde geschehen, die nun einmal vorhandene Spannung zwischen beiden Ländern zu verschärfen, sondern allein in der Absicht, die Stellung der Reichsregierung bei den Verhandlungen zu stärken. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Amerikaner dem Meistbegünstigungsrecht, das Deutschland durch die Verlängerung der mit den Einzelstaaten abgeschlossenen Verträge genießt, eine eigenthümliche Auslegung gegeben haben, wenn sie dieses Recht nur noch gegen besondere Zugeständnisse gewähren wollen. Es kommt hinzu, daß der im Jahre 1897 beschlossene Dingley-Tarif die Einfuhr mancher deutscher

Waarengattungen, namentlich des deutschen Zuckers, mit neuen Schwierigkeiten umgeben hat. Wenn demnach gewiß nicht das klare Recht auf Seiten Amerikas ist, so könnte doch ein Abbruch der Handelsbeziehungen nur beklagt werden; ein Zollkrieg hat bekanntlich Nachtheile für beide Theile im Gefolge, und wir können der Regierung nur beipflichten, wenn sie es unternommen hat, durch die eingeleiteten Verhandlungen geordnete Verhältnisse in den Handelsbeziehungen zwischen beiden Nationen wiederherzustellen. Sollte die gegenwärtige Bepredung der Angelegenheit im Reichstage dazu dienen, den Amerikanern klar zu machen, daß das ganze Reich hinter der Regierung bei diesen Verhandlungen steht, so würde dies vielleicht den Abschluß eines neuen Vertrages erleichtern. Die Einfuhrzahlen sprechen doch eine sehr beredete Sprache; wenn Amerika 1897 für 657 Millionen Waaren nach Deutschland einführte, während die deutsche Ausfuhr nach Amerika nur 397 Millionen betrug, so liegt es auf der Hand, daß Amerika ein starkes Interesse daran hat, die Beziehungen zu Deutschland nicht noch schlechter werden zu lassen.

Im Reichstage ist gestern der schriftliche Bericht der Budgetkommission über die Forderung von 10 Millionen für die Verollständigung der wichtigeren Festungsanlagen vertheilt worden. Die vom Kriegsmiister bezüglich einzelner Festungen gemachten Mittheilungen sind als vertraulich in den Bericht natürlich nicht wiedergegeben worden. Der Gesamtbedarf für diesen Zweck ist ursprünglich auf 33 540 000 Mark bezehnet gewesen, wozu im Ganzen bisher 29 Millionen bewilligt worden sind und im neuen Etat unter der Forderung von 10 Millionen noch 4 540 000 Mark gefordert werden; mit der weitergehenden Neuforderung wird nunmehr eine neue Reihe von Forderungen für die Verollständigung der wichtigeren Festungsanlagen eröffnet, deren Gesamtbetrag auf 50 Millionen Mark veranschlagt ist. Der Kriegsmiister v. Goplner führte in der Verhandlung aus: Die Heeresverwaltung vermag sich den Erweiterungsbestrebungen der Festungsbauwerke, wie sie, dem Juge der Zeit folgend, immer unabwendbarer in die Erscheinung treten, nicht mehr zu verschließen. Vor Allem drängt die Lösung der Frage auf eine baldige Entscheidung an den Stellen, an welchen auch die militärischen Interessen unter bedeutlichen Anhebungen der Bevölkerung auf zu engem Raum im Frieden wie im Kriege gefährdet erscheinen. Es sollen deshalb bei einzelnen niedrigeren Festungen die Stadtwälle aufgelassen und durch Neubauten ersetzt werden. Letztere werden in der Hauptsache aus vorgeschobenen Werken bestehen, die, nimmere in erste Linie gerückt, in jeder Beziehung von vornherein den neuesten Anforderungen in Bezug auf Bauart und Ausrichtung entsprechen müssen. Diese notwendige Neugestaltung der alten Festungen legt den Gedanken nahe, gleichzeitig hiermit die längst schon wünschenswerthe Abänderung des ganzen Landesverteidigungssystems auf die einfachste und natürlichste Weise einzuleiten. Gewisse Landstriche von hervorragender strategischer und politischer Bedeutung oder besonders hoher kultureller Entwicklung können einem feindlichen Einbruch nicht ohne Weiteres preisgegeben werden. Um die Vorräthe solcher Landstriche der Benutzung durch den Gegner zu entziehen, den Aufmarsch und die Bewegungen unserer Armeen vor überraschenden Störungen zu sichern, sowie schwächeren Heeresabtheilungen etwaigen überlegenen feindlichen Kräften gegenüber einen Rückhalt zu gewähren, sind an geeigneten Stellen Befestigungen erforderlich, deren wichtigste Bestandtheile schon im Frieden anzulegen bzw. planmäßig vorzubereiten sind. Derartige Befestigungen werden unter voller Erfüllung der genannten Zwecke an vielen Punkten auch gleichzeitig einen Ersatz der gefallenen Stadtwälle bilden und deren bisherige Aufgabe genügen können. Schließlich muß noch hervorgehoben werden, daß die artilleristische Ausrüstung unserer jetzigen Befestigungsanlagen nach Wirkung und Saubermitteln nicht mehr durchgehends den zeitgemäßen Anforderungen entspricht. Die Fortschritte der Technik, die bei den Nachbarkstaaten bereits Verbesserungen auf militärischem Gebiete zur Folge hatten, dürfen auch bei uns nicht unberücksichtigt bleiben. Weitergehende, moderne Schnellfeuergeschütze unter Panzerchutz und mit starker Munition ausgerüstet, sind für eine aussichtsreiche Abwehr feindlicher Angriffe unerlässlich.

Nach § 52 der Strafprozessordnung sind zur Verweigerung des Zeugnisses Geistliche in Ansehung desjenigen berechtigt, was ihnen bei Ausübung der Seelorge anvertraut ist. Nach § 55 ist die Thatfache, auf welche Geistliche die Verweigerung des Zeugnisses stützen, auf Verlangen glaubhaft zu machen. Es genügt die eidliche Versicherung. Als die verbindlichen Bestimmungen in der Tagung von 1895-96 dem Reichstage die umfassende Aufzählung vorgelegt hatten, die durch zwei Tagungen bearbeitet wurde, schließlich aber doch zu keinem Ergebnis führte, fand sich eine Aenderung dieser Bestimmungen darin nicht vor. Der Reichstag fand sich jedoch in der zur Vorberatung des Entwurfs niedergelassenen Kommission sowohl wie später in der zweiten Lesung im Plenum bezeugen, in die Novelle einzufügen, daß die Glaubhaftmachung der Thatfachen, auf welche ein Zeuge im Falle des § 52 die Zeugnissverweigerung stützt, für Geistliche in Wegfall komme. Die dem Reichstage nach einem erweiterten Schutze des Zeugnissbegriffes ist in der neuen Fassung an den Reichstag gelangten Zivil- und Strafprozessnovelle Rechnung getragen. Der von der Reichstagsmehrheit früher gefaßte Beschluß ist mit einer lediglich redaktionellen Aenderung in die Novelle aufgenommen worden. Bereits im 191 der vom Reichstage genehmigten Militärgerichtsordnung vom 1. Dezember 1898 sind Geistliche von einer besonderen Glaubhaftmachung des Zeugnissesgründes befreit.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Februar. Auf Drängen seiner Parteifreunde kehrte 147 Apomyi aus Oberhard zurück, ist jedoch nicht gleichfalls unpolitisch. Die Oppositionsdrucker werden heute die Rückänderung auf das letzte Amtmuth der Regierung feststellen. Hieraus wird ein aus je zwei Mitgliedern der Opposition und der Regierungspartei bestehender engerer Ausschuss eingesetzt, der über die Art und Weise der Revision der Staatsordnung und die das Wahlverfahren be-

treffenden Bestimmungen zu verhandeln haben wird, die in die Vorlage über die Gerichtsbarkeit des obersten Gerichtshofes in Wahlsachen aufgenommen werden sollen. Der Abgeordnete Poloni hat bereits eine Denkschrift verfertigt, in der er die bekanntesten Uebelstände des jetzigen Wahlverfahrens vorlegt. Aus dieser Denkschrift ist ersichtlich, daß die Zahl der Wähler, die im Jahre 1848 zwei Millionen betrug, trotz des nach Millionen zählenden heutigen Zuwachses der Bevölkerung Ungarns heute kaum 800 000 beträgt, wozu, nebenbei bemerkt, kaum 200 000 ihr Stimmrecht ausüben. In einzelnen Gegenden werden die zur Wahlberechtigung erforderlichen vier Morgen Grundbesitz mit 36 Kreuzer, in andern dieselben vier Morgen mit 56 Gulden besteuert.

Frankreich.

Paris, 10. Februar. Wenn die Unterzeichner des Aufrufs gegen die Regierungsvorlage von einem Komplott gegen die Republik sprechen, so kann man auch zugleich ein Komplott gegen die Wahrheit feststellen. Alle Blätter, welche die Revision bekämpfen, suchen ihren Lesern in langen Ausführungen darzutun, die Akten der Untersuchung Mazzaeus seien ein erdrückender Schuldweisungs gegen die Kriminalkammer. Die Fiktion dieses Komplottes behält Beaurepaire unverdrossen bei. Heute erzählt er von einem Geniechauptmann des Generalstabes, der ihm mitgeteilt habe, das Nachrichtenbureau wisse, daß der Berichterstatter Bard am Tage vor dem Bekanntwerden seines Berichtes denselben in einer Versammlung von Freunden, unter denen sich Labori, Reinach, Clemenceau und Mornard befanden, verlesen habe. Paul Clemenceau, Ingenieur und Bruder von Georges Clemenceau, habe dies mehreren Personen eingestanden. Unter diesen habe sich auch ein Kamerad des Geniechauptmanns befunden, von dem Beaurepaire glaubt, daß er bereit sei, darüber Zeugniß abzugeben.

Italien.

Rom, 10. Februar. Bei der fortgesetzten Verhandlung über das französisch-italienische Handelsabkommen jagt Agrotto, das große politische Ergebnis des Abkommens sei die Befestigung jeder Meinungsverschiedenheit, denn durch das Abkommen würden die Beziehungen Italiens zu Frankreich wieder in freundschaftliche Wege geleitet. Redner dankt der Regierung nicht nur für den Abschluß des Abkommens, sondern auch ganz besonders dafür, daß durch den Abschluß des Abkommens die Aktionsfreiheit Italiens keine Beschränkung erfahren habe. Borgnini erklärt, er werde ohne Begeisterung, aber auch ohne Bedauern für das Abkommen stimmen, denn er halte es für vortheilhaft, mit der benachbarten Nation in Freundschaft zu leben. Redner betont, Italien besitze sichere Bündnisse, die ihm sehr wohlthunend wären und niemals verjagt hätten.

Amerika.

Manila, 10. Februar. Die Amerikaner haben heute Calocan nach einem gemeinschaftlichen Angriff der Flotte und des Landheeres genommen. Die Verhandlungen wurden glatt erobert und die Stützen der Eingeborenen niedergebrennt. Die Filipinos wurden von dem Feuer der Amerikaner wahrhaft niedergemäht. Die Verluste der Amerikaner sind gering.

Amerika.

Washington, 10. Februar. Mac Kinley unterzeichnete heute Nachmittag den Friedensvertrag mit Spanien.

Von der Marine.

Nachdem den Kreuzern „Arcona“ und „Cormoran“ der Befehl zugegangen ist, die ostasiatischen Gewässer zu verlassen — ersterer zum Antritt der Heimreise, letzterer zu weiterer Stationirung in der Sibire — findet gegenwärtig eine Veränderung von vier Schiffen in der Besetzung der ostasiatischen Station statt. Denn für die beiden aus den sinesisch-japanischen Gewässern abgehenden Kreuzer befinden sich als Ersatzschiffe bereits der Kreuzer „Vertba“ und seit einigen Tagen, das Kanonenboot „Jltis“ auf der Ausreise nach Ostasien. Für das Sommerhalbjahr bestehen daher unsere Streifkreuzer im Osten aus: dem Panzerkreuzer „Kaiser“ und den drei Kreuzern „Vertba“, „Trene“ und „Prinz Wilhelm“ als erste Division des Kreuzergeschwaders; dem Panzerkreuzer „Deutschland“ und den beiden Kreuzern „Kaiserin Augusta“ und „Gefion“ als zweite Division des Geschwaders und endlich das Kanonenboot „Jltis“ als Stationsfahrzeug der ostasiatischen Gewässer. Nach mehreren Wochen kommt endlich wieder eine Meldung von den seit Anfang Dezember in Hongkong versammelten deutschen Schiffen, indem der Geschwaderchef, Vizeadmiral v. Diederichs, in Folge der beunruhigenden Meldungen von den Philippinen die „Kaiserin Augusta“ nach Manila geschickt hat. Seit dem 10. Dezember v. J. hatte man nichts mehr von diesem Kreuzer gehört. Der lange Aufenthalt in Hongkong wurde jedoch dazu benutzt, das Schiff für die Kreuzertouren im neuen Jahr auszurüsten, seine Maschinen zu reinigen und das neue Personal im Borddienst auszubilden. Prinz Heinrich liegt gegenwärtig noch mit den beiden Panzerkreuzern „Kaiser“ und „Deutschland“ und den beiden Kreuzern „Prinz Wilhelm“ und „Gefion“ in Hongkong, um demnächst gleichfalls wieder in See zu gehen. Der nach der Sibire beorderte „Cormoran“ wird die Reise von Stauphous aus antreten, wo das Schiff seit dem Januar den Dienst des Wachtschiffes verah. Auch die „Vertba“, die noch seit dem November v. J. in Genoa ankert, soll binnen Kurzem die Ausreise nach Ostasien fortsetzen.

Stettiner Nachrichten.

*** Stettin, 11. Februar.** Nach dem lässlichen Grundriß: „Saure Wochen, frohe Feste“ ist der Stettiner Grundbesitzer Verein ein mit Eifer und Erfolg bemüht, nicht nur das materielle Wohl seiner Mitglieder zu fördern, sondern auch die Geselligkeit zu fördern. Die seit einigen Jahren von dem Verein in regelmäßiger Folge veranstalteten größeren Festlichkeiten haben sich bereits einen Ruf erworben, sodaß dem Fest-

nicht zu geringen Kosten... die Wahl eines geeigneten Lokals... die Wahl eines geeigneten Lokals...

Der Festausführung für das am Dienstag... in allen Räumen von Bellevue stattfindende...

Das gegenwärtige Programm der... Zentralkassen wird nur noch wenige...

Der Referendar Heese im Bezirke des... Oberrheinischen Gerichts ist zum Gerichts...

Der Strafsenatssekretär Winkel zu... Naugard ist zum 15. Februar d. J. an das...

Der Kultusminister hat das Provinzial-... schulcollegium zu Hannover benachrichtigt...

Die Tagesordnung der Stadtver-... ordneten-Versammlung am nächsten...

München, 10. Januar. Die königliche... Vermögensverwaltung hat heute zum größten...

Paris, 9. Februar. Unbeschreibliche... Unruhe herrscht in der Stadt Lille: Banden durchziehen...

Der Regierungschef... Der Regierungschef...

in einem ist auf seinen Antrag vom 1. Februar... d. J. ab in den Aufstehen verkehrt worden...

Personal-Veränderungen im Bezirk des... Oberlandesgerichts zu Stettin für den Monat...

Das gegenwärtige Programm der... Zentralkassen wird nur noch wenige...

Der Referendar Heese im Bezirke des... Oberrheinischen Gerichts ist zum Gerichts...

Der Kultusminister hat das Provinzial-... schulcollegium zu Hannover benachrichtigt...

München, 10. Januar. Die königliche... Vermögensverwaltung hat heute zum größten...

Paris, 9. Februar. Unbeschreibliche... Unruhe herrscht in der Stadt Lille: Banden durchziehen...

Der Regierungschef... Der Regierungschef...

Der Regierungschef... Der Regierungschef...

Der Regierungschef... Der Regierungschef...

dem Norden Frankreich stammen soll. Der... Rückschlag dieser grolligen Unthat auf die...

Petersburg, 10. Februar. Die russische... Telegraphen-Agentur meldet aus Krasnojarsk:

Schiffsnachrichten. Hamburg, 10. Februar. Neueste Nach-... richtigen über die Bewegungen der Dampfer...

Bremen, 10. Februar. [Schiffsbewegungen... des Norddeutschen Lloyd.] "Mant", 9. Februar...

Bankwesen. London, 10. Februar. Bankausweis. Totalreserve Pfd. Sterl. 23 715 000, Zunahme...

Berlin, 10. Februar. Butter-Wechenbericht von Gebrüder Lehmann & Co., NW. 6, Charité-Str. 7, etc.

Wasserstand. Stettin, 11. Februar. Im Nevier 5,72 Meter = 17' 11".

Börsen-Berichte. Stettin, 11. Februar. Wetter: Schön. Temperatur + 7 Grad Reaumur.

Landmarkt. Weizen 156,00 bis 158,00. Roggen 142,00 bis 143,00. Gerste 138,00 bis 140,00.

Landmarkt. Weizen 156,00 bis 158,00. Roggen 142,00 bis 143,00.

Verlin, 11. Februar. In Getreide u. f. an den... keine Notierungen statt. Spiritus loco 70er amtlich 39,30, loco...

Schluss-Kourse. Preuss. Consoles 4 1/2% 101,40. London kurz 204,00. London lang 202,85.

Paris, 10. Februar. Nachmittags. (Schluss-Kourse.) Felt. 10. 9. 3 1/2% Franz. Rente...

Schiffsnachrichten. Hamburg, 10. Februar. Neueste Nach-... richtigen über die Bewegungen der Dampfer...

Bremen, 10. Februar. [Schiffsbewegungen... des Norddeutschen Lloyd.] "Mant", 9. Februar...

Bankwesen. London, 10. Februar. Bankausweis. Totalreserve Pfd. Sterl. 23 715 000, Zunahme...

Berlin, 10. Februar. Butter-Wechenbericht von Gebrüder Lehmann & Co., NW. 6, Charité-Str. 7, etc.

Wasserstand. Stettin, 11. Februar. Im Nevier 5,72 Meter = 17' 11".

Börsen-Berichte. Stettin, 11. Februar. Wetter: Schön. Temperatur + 7 Grad Reaumur.

Landmarkt. Weizen 156,00 bis 158,00. Roggen 142,00 bis 143,00.

Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos... per Februar 37,25, per März 37,50, per...

London, 10. Februar. 96% Tabakzuder... loco 11,37 ruhig, Rüben-Rohzucker loco 9 Sh.

London, 10. Februar. Getreidemarkt. Weizen unverändert bis 1/2 d., Mais 1 d. niedriger.

Chicago, 10. Februar. Weizen stetig, per März... Mais stetig, per März...

Wollberichte. Bradford, 10. Februar. Wolle stetig aber... ruhiger, Garne ruhig, in Mohairgarnen ziemlich...

Telegraphische Depeschen. Wien, 11. Februar. Von informierter Seite... wird das Gerücht für unbegründet bezeichnet...

Paris, 11. Februar. Die holländische... Regierung ist jetzt von verschiedenen Mächten über...

Paris, 11. Februar. Der gestrigen Kam-... mersung hatte man allgemein mit größter...

Paris, 11. Februar. Der "Gaulois" ver-... öffentlicht einen Plan der neuen Verteidigungs-

Rom, 11. Februar. Don Carlos weist hier... infognito. Es gelang ihm nicht, vom Papst in...